

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 26 (1985)
Heft: 24

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Buchtip

Der Prozess um Popieluszko

Siegfried Lammich: «Der Popieluszko-Prozess. Sicherheitspolizei und katholische Kirche in Polen.» Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1985, 110 Seiten, Fr. 15.70

Ein knappes Jahr nach der Ermordung des systemkritischen Priesters Jerzy Popieluszko hat Siegfried Lammich seinen Bericht über das Verbrechen, den Strafprozess gegen die Sicherheitsdienst-Offiziere, die es begangen haben, und über die Reaktion darauf in Polen veröffentlicht.

Der Autor ist in Oberschlesien geboren, hat in Warschau Jura studiert und lebt seit über zehn Jahren in der Bundesrepublik Deutschland, wo er am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg i. Br. tätig ist. Er hat als Beobachter der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (Frankfurt a. M.) dem Prozess erst nach wiederholten diplomatischen Interventionen beiwohnen können.

Die Prozessführung durch den Präsidenten Kujawa verstärkte die «Politisierung» der Rechtsfragen; das gleiche bewirkte die Staatsanwaltschaft mit ihren Angriffen gegen das Opfer, gegen Oppositionelle und gegen die Kirchenlei-

tung, Angriffe, die «kaum in einem Zusammenhang mit den verhandelten Straftaten zu stehen schienen».

Die «Frage, inwieweit die im Sicherheitsdienst herrschenden Verhältnisse zum Verbrechen prädisponierten, blieb ebenso unbeantwortet wie die Frage nach den eventuellen Hintermännern der Täter»; der Präsident unterbrach die Anwälte der Nebenkläger immer dann, «wenn zu vermuten war, dass diese Fragen zumindest teilweise beantwortet würden».

Bei solchem Verhalten von Präsident und Staatsanwaltschaft ist es nicht erstaunlich, dass die Polnische Kirchenführung die Auffassung vertrat, «dass der Popieluszko-Prozess die mit ihm verbundene Hoffnung auf eine Bereinigung des politischen Klimas und eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat nicht erfüllte».

Im zweiten Teil seiner Arbeit publiziert Lammich wichtige Abschnitte aus der Anklageschrift, aus den Plädoyers von Staatsanwälten und Nebenklägern sowie aus dem Urteil und seiner Begründung.

Lammichs Arbeit gibt in gedrängter Form ein zuverlässiges Bild von den Einblicken, die der Popieluszko-Prozess ermöglicht hat: Einblicke in Geist und Praxis des polnischen Sicherheitsdienstes, in die Methoden kommunistischer Meinungsbildung sowie in das Verhältnis zwischen Kirche und Staat. Vorgelegt werden viele Informationen, die nicht nur für den Juristen, sondern für jeden politisch Interessierten von grossem Wert sind.

M. K.



Die angeklagten SD-Leute.

Bestellcoupon

_____ Ex. Lammich: Der Prozess

Einsenden an Buchhandlung SOI Postfach 3000 Bern 16

Name: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____



Die repräsentative konservative Zeitschrift

Aufsätze und Kommentare aus allen Bereichen des Geisteslebens (Politik, Philosophie, Medien, Geschichte, Kultur, Militär)

Erscheint zweimonatlich

- Ich bestelle eine kostenlose Probenummer
- Ich abonniere CRITICON (Jahrespreis 57 DM)

 Criticon Verlag, Knöbelstrasse 36, 8000 München 22

Zusammenhänge

«Denk ich an Deutschland in der Nacht...»

«... so werd' ich um den Schlaf gebracht.» Heinrich Heines geflügeltes Wort kommt wieder zu zweifelhaften Ehren. Ernst zu nehmende Kreise innerhalb der deutschen Sozialdemokratie werden besehen oder unbesehen zu Erfüllungsgehilfen der sowjetischen Europapolitik. Gleich zwei der bedeutendsten internationalen Zeitungen haben sich seit dem Sommer 1985 mit dieser bedenklichen Tatsache auseinandergesetzt: Der «Corriere della Sera» und das «Wall Street Journal».

Im ZeitBild Nr. 22/1985 wurde das Strategiepapier des SPD-Abrüstungsexperten Andreas von Bülow eingehend vorgestellt. Kern dieses Dokuments ist eine «Sicherheitspartnerschaft» mit der Sowjetunion, was die gültige NATO-Strategie ablösen und die Amerikaner von Europa abkoppeln würde; Schaffung einer A-

und C-Waffen-freien Zone auf dem Gebiet der BRD und der DDR; einseitige Abrüstung im konventionellen Bereich. Das heisst soviel wie Neutralisierung (und Wiedervereinigung?) Deutschlands.

Noch in Unkenntnis dieser drastischen Wende in der SPD-Sicherheitspolitik orakelte das «Wall Street Journal», dass bei einem gleichzeitigen Wahlsieg der deutschen Sozialdemokraten und der neutralistischen englischen Labour-Party «die Westeuropäer ihre Türen den Sowjets weit öffnen» würden. Die angesehene New Yorker Zeitung erwähnt auch die Essener Parteitagserklärung, wo von «unabhängigen einseitigen Schritten zur Abrüstung» zu lesen sei und wo die Behauptung aufgestellt werde, «dass die Sicherheitsinteressen Westeuropas nicht identisch sein können mit denen unserer transatlantischen Partner» (also der USA und Kanadas).

Derart dramatische Entwicklungen bahnen sich natürlich nicht über Nacht an. Da wurden geistige Prozesse eingeleitet, die lange vor ihrer militärischen Nutzenanwendung die Gesellschaft durchzogen. Dies manifestiert sich u. a. bei einem führenden Literaten Deutschlands, bei

Günter Grass. Auf ihn macht der «Corriere della Sera» aufmerksam, weil der ehemalige SPD-Wahlhelfer Grass zum 40. Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands eine bedenkenswert bedenkliche Rede gehalten hatte. Unter dem Titel «Vom Nationalsozialismus zum Nationalpazifismus?» werden vom «Corriere» die Grassschen Thesen zusammengefasst: Die beiden Deutschland hätten nach dem Krieg keine Gelegenheit erhalten, zur staatlichen, sprich nationalen Identität zu finden. Vierzig Jahre nach dem Ende des Hitler-Reiches «befindet sich die deutsche Nation fast am gleichen Punkt, von dem aus Hitler gestartet ist: sie ist wieder ein im Herzen Europas eingestetes Arsenal der kollektiven Zerstörung». Grass zieht daraus folgende Konsequenz: «Vor vierzig Jahren besiegt und entwaffnet, wäre es für uns Deutsche an der Zeit, die vorgebliche Stunde Null abermals zu bedenken und uns freiwillig, diesmal Stück für Stück, zu entwaffnen.»

Unterstellt wird bei dieser Argumentation natürlich, dass es nur das verkümmerte Identitätsbewusstsein war, das die Aufstellung von Atomraketen zulies – und dass sich eine neue deutsche Identität ergebe, wenn man sich «Stück um Stück entwaffne». Nur so könne «das verlorene nationale Bewusstsein» zurückgewonnen werden.

Der «Corriere» kommentiert diese Grass-Rede folgendermassen: «... in der Tat ist dieser Text mit seiner verwinkelten Logik ein bemerkenswerter Zeuge für eine Geisteshaltung, die heute in weiten Kreisen der deutschen Massen, vor allem derjenigen, die grün und sozialdemokratisch stimmen, verbreitet ist. Der Berliner Vortrag ... ist nur die kulturelle Spitze eines Eisbergs, das splitterhafte Aufleuchten eines Pulverfasses von dunklen Gefühlen und Res-

ZEITBILD

erscheint alle
zwei Wochen

Redaktion – Administration –
Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616-5
Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03
Deutsche Bank Frankfurt a. M.
(BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion
Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

Abonnementspreise Inland
Jahresabonnement Fr. 45.–
Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 25.–
Einzelnummer Fr. 2.–

Abonnementspreise Ausland
Europa + Mittelmeerländer
Jahresabonnement sFr. 50.–/DM 57.–/
Luftpost sFr. 55.–
Studenten, Lehrlinge und Schüler
sFr. 30.–/DM 34.–
Einzelnummer sFr. 2.50/DM 2.80

Übersee
Jahresabonnement Luftpost sFr. 60.–

Einladung zum Abonnement

Zurücksenden an Administration ZeitBild, Jubiläumsstrasse 41,
CH-3000 Bern 6.

Ich bestelle ein Jahresabonnement **ZEITBILD**
zu Fr. 45.– (Ausland sFr. 50.–/DM 57.–).
Erscheinungsweise alle zwei Wochen.

Name Vorname

Strasse PLZ, Ort

Datum Unterschrift

sentiments, die seit einiger Zeit im kollektiven Unbewussten beider Deutschland ins Gären geraten ist...» Und: «Der Radikalismus der Gewissensbisse, die wie eine Besessenheit die nachnazistischen Schriftsteller von Böll bis Grass quälen, wird hier auf unmerkliche Weise in den Dienst eines *neuen nationalen Radikalismus* gestellt, der sich diesmal unter der verharmlosenden Metapher des «Identitätsloches» einschmuggelt...» Es sei die «nationalistische Hefe» in der «pazifistischen Besorgnis», die für einen Teil Deutschlands von heute typisch sei.

Als Lehre für den politischen Krieg merke: Bringt man den Pazifismus zusammen mit einem Volk, das zur Verabsolutierung des nationalen Bewusstseins neigt, so ergibt das im Endeffekt die Forderung «Frieden in und für unsere Nation um jeden Preis».

Das ist der geistige Hintergrund des Bülow-Papiers; das ist auch der Schlüssel für die bemerkenswerten Kontakte zwischen der SPD-Partei-führung und der SED (mit gemeinsamer Erklärung über eine C-Waffen-freie Zone), für die

insgeheim ausgehandelte gemeinsame Erklärung der SPD mit der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) über A-Waffen-freie Zonen, Gewaltverzichtsabkommen und Einfrieren der Kernwaffen in Europa («Freezing») und für die soeben bekanntgewordenen Verhandlungen zwischen SPD und KPdSU (über Verminderung der Rüstungskosten).



Frieden um jeden Preis? Dazu hat Henry Kissinger in seinen Memoiren festgehalten, «dass, wenn der Friede zum einzigen politischen Ziel wird, die Furcht vor dem Krieg zur Waffe in den Händen der Rücksichtslosesten wird; sie erzeugt die moralische Abrüstung.» Dass dies in Deutschland wieder geschieht, das raubt dem Zeitgenossen den Schlaf.

Jürg L. Steinacher

Unsere Meinung

Wie beklagenswert ist es, wenn das Gipfelgespräch von Genf «keine konkreten Ergebnisse» gebracht hat?

Sowohl Reagen als auch Gorbatschow haben sich nach ihrer Rückkehr als soweit zufrieden mit ihrer Begegnung in Genf erklärt. Man habe miteinander reden können und werde in Zukunft um so viel besser miteinander verhandeln können.

Ansonsten, das trifft zu, haben die Gespräche keine neue Sachlage geschaffen. Was an Vereinbarungen zustande kam, wie die Aufnahme von direkten Flugverbindungen zwischen den beiden Ländern, hatte den Charakter von Zeichengebung und war eine Nebensache.

Manche Beobachter bemängeln, dass es mit der Hauptsache der Abrüstung nicht vorwärtsgewandert sei. Womit die realen Kriege unserer Zeit, die in Afghanistan, Äthiopien, Südostasien und anderswo Millionen von Opfern gefordert haben und mit Massentod weitergehen, zur Nebensache gestempelt wären...

Aber selbst wenn wir die Abrüstungsfrage in den Mittelpunkt stellen, ist zu fragen, welche Fortschritte gemeint wären.

Die sowjetische Position war gewesen, alle Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR hätte mit einem amerikanischen Verzicht auf das SDI zu beginnen, und es hatte nicht an westeuropäischen Ermahnungen zuhänden Washingtons gefehlt, in diesem Punkte nachzugeben, um die Abrüstungschancen nicht zu gefährden. Nun aber handelt es sich beim SDI um ein Konzept zur Kriegsverhinderung, und der Verzicht darauf hätte in bezug auf die Verhinderung eines Atomkrieges keinen Fortschritt, sondern einen Rückschritt bedeutet. Dass Reagan hier (erwartungsgemäss) fest geblieben ist, hat nicht nur nichts verdorben, sondern schafft erst die glaubhafte Voraussetzung zu Verhandlungen.

Hierzu noch etwas: Es waren die Sowjets gewesen, welche vor zwei Jahren den Rakentendialog abgebrochen hatten, und es ist das SDI-Projekt, welches sie wieder gesprächsbereit gemacht hat.

Mit einem fundamentalen Ungleichgewicht muss man ohnehin weiterleben: Die beste Kontrolle über Rüstung und Abrüstung, über Kriege und Kriegseinstellungen, über internationale Politik und Politik überhaupt ist die Kontrolle, welche in einem gegebenen Land eine freie Bevölkerung durch ihre frei gewählte Volksvertretung und mit der Stimme der freien Meinungsäußerung ausübt. Und das ist eine Voraussetzung, welche in den USA gegeben ist, nicht aber in der Sowjetunion. Und es gehört mit zur Abrüstungspolitik, alles zu tun, damit diese Voraussetzung allseitig werde. cb

BIBLIOTHECA AFGHANICA

Afghanistan — Afghanistan — Afghanistan

Am 27. Dezember 1985 jährt sich bereits zum sechsten Mal der Tag der sowjetischen Invasion in Afghanistan. Dieser Krieg dauert nun schon länger als der Zweite Weltkrieg! Die angerichteten Schäden und die Opfer, die er besonders unter der Zivilbevölkerung gefordert hat, sind unermesslich:

1 000 000 Tote und mehr als
7 000 000 Flüchtlinge

(3 Mio in Pakistan, 2 Mio in Iran und 2 Mio im Landesinnern)

Das ist die bisherige Bilanz der sowjetischen Präsenz und des andauernden Widerstandes des afghanischen Volkes. Was bekommen wir davon zu sehen, zu hören und zu lesen?

Nur spärlich fließen die Meldungen über das Geschehen in Afghanistan. Das Land selbst und die Vorgeschichte des kommunistischen Umsturzes sind kaum bekannt. Wir möchten deshalb unsere Leser auf drei kurzgefasste Broschüren hinweisen, die auf je 16 Seiten, mit Abbildungen und Kartenmaterial illustriert, Informationen über Afghanistan vermitteln:

Vom Königreich zur sowjetischen Invasion

Afghanistans Geschichte, Land, Volk und Kultur

Afghanistan — 5 Jahre Widerstand und Kleinkrieg

Sowjetische Besetzung, Operationen und Taktik von Armee und Widerstand, Verluste, Flüchtlingsproblem und Menschenrechte

Afghanistan 1984/85 — Besetzung und Widerstand

Die sowjetischen Truppen, Einsatz neuer Waffen und Taktiken, Vorgehen des Widerstands, Menschenrechtsprobleme und Flüchtlingsfragen, Zukunftsaussichten

Diese drei Broschüren können bezogen werden zu je Fr. 5.— (inkl. Porto) bei Buchhandlung SOI, Postfach, CH-3000 Bern 6, Tel. 031 43 12 15

Stiftung Bibliotheca Afghanica — Schweizerisches Afghanistan-Archiv, Benzburweg 5, CH-4410 Liestal, Tel. 061 91 98 38, PC-Konto: Basel 40-4221-0

Dokumentation und Information über Afghanistan, Leistung eines Beitrags zur Bewahrung der afghanischen Kultur durch Publikationen, Ausstellungen und Vorträge.

Die Stiftung steht unter Aufsicht des Eidg. Departements des Innern und der Kantonalen Finanzkontrolle Basel-Landschaft.

Spenden an die Stiftung können in den meisten Kantonen von der Steuer abgesetzt werden.

Briefe

Ostflüchtlinge und Westflüchtlinge

In seinem Brief an das ZeitBild (Nr. 23/85) meint V. C., es mude absurd an, wenn die «Westlandflüchtlinge» um Schutz im Westen nachsuchen. Er bezieht sich dabei auf eine Gruppe von Chilenen, die in Zürich gegen ihre Ausweisung aus der Schweiz protestiert hatten. V. C. sagt unter anderem: «Diejenigen Leute, die heute zu politischen Flüchtlingen werden, müssen unbedingt die politischen Lager auch wechseln, wollen sie glaubwürdig erscheinen.»

Dazu ist dreierlei zu sagen: Erstens können die erwähnten Chilenen tatsächlich beabsichtigt haben, das politische Lager zu wechseln; nämlich fort aus einem diktatorisch regierten hin zu einem demokratischen Land, fort aus einem Land mit politischen Gefangenen in eines ohne solche. Dieser Wechsel vom Westen «tout court» in den freien Westen ist für einen ehemaligen Ostflüchtling, wie V. C. einer ist, vermutlich schwer verständlich; und zwar wegen der ungleich schlechteren Behandlung von politischen Gefangenen im Osten als im (nicht-freien) Westen. Mit den Augen des Bürgers eines freien Landes gesehen, wäre die Flucht der Chilenen in ein demokratisch regiertes Land also nicht unbedingt als absurd zu beurteilen.

Und doch ist an dieser Flucht – und dies ist der zweite Aspekt – etwas Absurdes: Auszugehen

ist dabei davon, dass sich die besagten Chilenen, allein schon durch Erheben der Faust zum kommunistischen Gruss in der Kirche von Seebach, als Befürworter des Sozialismus ausgewiesen haben. Somit erhebt sich die Frage, warum sie denn nicht in ein Land geflohen sind, in welchem sie bereits heute unter dem von ihnen erstrebten sozialistischen Regime leben könnten – zum Beispiel im relativ nahe von Chile gelegenen Kuba. So gesehen also absurd, in ein tatsächlich demokratisch regiertes Land und nicht in eine «Volksdemokratie» zu fliehen.

Doch drittens, wieder nicht absurd. Nämlich dann nicht, wenn es nicht primär darum geht, sich durch Flucht bessere Lebensbedingungen einzuhandeln, sondern hauptsächlich um dort, wo es noch keinen realen Sozialismus gibt, zu dessen Förderung tatkräftig beizutragen; mithin eine Tätigkeit auszuüben, die dem Betroffenen in seinem diktatorisch regierten Heimatstaat einen Gefängnisarrest oder etwas Ähnliches beschert hätte oder bereits hat.

Und wer hätte hierzulande an einer solchen Tätigkeit wohl ein Interesse? Der einzelne Chile? Kaum! Sicher aber diejenige Macht, die die Führung im Kampf vorerst um die Hegemonie, später um die Weltherrschaft beansprucht. Und diese auch zu erlangen hilft ihr ein Teil unserer Kirchen, unterstützt von einigen Medien, kräftig mit, wenn sie solche Flüchtlinge beherbergen, die von unseren Behörden richtigerweise abgewiesen wurden.

Ja, Ostflüchtlinge fliehen in den (freien) Westen, Westflüchtlinge aber nur höchst selten in den Osten!

Crt

Wirtschaftsflüchtling in Hypothese

Kürzlich weilte der SPD-Vorsitzende Willy Brandt zu einem offiziellen Besuch in der Tschechoslowakei. Aber selbst ihm, der besonders gute Beziehungen zu den Ostblockregimes hat, verweigerten die Behörden die Erlaubnis, Kontakt mit Jiri Hajek, seinem seinerzeitigen Aussenministerkollegen während des Prager Frühlings von 1968, aufzunehmen. Hingegen gewährte man dessen Sohn, der bisher seines

Vaters wegen trotz ausgezeichneter Schulzeugnisse keine einheimische Hochschule hatte besuchen dürfen, die Erlaubnis, seine Studien in Norwegen abzuwickeln. («NZZ», 15. November)

Ich habe mir hier eine Frage gestellt. Angenommen, Hajek jun. ersucht nun in einem demokratischen Land des Westens um politisches Asyl; was passiert da mit ihm? Müsste man ihn in die Tschechoslowakei zurückschicken, weil er kein «echter» politisch Verfolgter wäre? Da ihm in seiner Heimat «nur» das Studium und die Ausübung eines akademischen Berufs verboten sind, gehört er vermutlich in die Kategorie der Wirtschaftsflüchtlinge. Aber kann man das behaupten und dabei ein reines Gewissen haben?

W. B.

Alltag drüben

Literaturereignis polnisch nachvollzogen

Den Polen schlägt die Blechtrommel
eine verspätete Stunde.

Das Parteiwochenblatt «Polityka» lobte das Erscheinen des Romans «Die Blechtrommel» (1959) von Günter Grass in polnischer Übersetzung. Die 20 000 Exemplare des Grasschen Buches sind inzwischen vergriffen und nur noch unter der Hand erhältlich.

Im Gegensatz zu «Polityka» ist das KP-Organ «Trybuna Ludu» aus ideologischen Gründen weniger davon begeistert. Der Kritiker Andrzej Krzeminski meint jedoch, endlich sei die «Blechtrommel» nach vieljährigem Warten erschienen. Mit diesem Roman habe Grass Danzig – wie einst James Joyce Dublin, Franz Kafka Prag, Alfred Döblin Berlin und Michail Bulgakow Moskau – in die Weltliteratur des 20. Jahrhunderts eingeführt. «Man spürt den Geist von Swift und Rabelais, und da ist etwas von Grimmshausen und dem Märchen «Tausendundeine Nacht», heisst es im «Polityka»-Artikel, der den Titel «Der Schrei des Rotzbengels mit der Pauke am Bauch» trägt. Dem «jungen Aussiedler aus Danzig» sei ein «grosser Roman voller Spannungen» für den Leser gelohnt, wird Grass bescheinigt.

Hier könnte man anmerken, dass der Begriff «Aussiedler» in Polens Medien eigentlich unüblich ist. Dem Buch werden die Prädikate «Fiktion, vorzügliche Legende» verliehen, und von Krzeminski wird hervorgehoben, dass Grass deutsche Schriftsteller an einen Tisch gebracht habe, «angefangen bei Parteischreibern, Dissidenten über Emigranten bis zu Konservativen». Er habe mehrmals zum «bürgerlichen Ungehorsam» aufgerufen und sei ein Mann der Linken.

Nach diesem Beitrag ging dann noch eine grössere Leserschaft aus Warschau ein, die Grass attestierte, dass er treffend die Verhältnisse der einheimischen Danziger und vornehmlich der kaschubischen Bevölkerung geschildert habe. Der Verfasser übte heftige Kritik an der Zwangspolonisierung und schrieb schliesslich: «Im Grass-Buch finden wir die Bestätigung des alten Grundsatzes, dass man nichts Ständiges auf Hass aufbauen kann.»

S. R.